

Ina Merkel:
 Utopie und Bedürfnis.
 Die Geschichte der
 Konsumkultur in der DDR,
 Böhlau Verlag Köln u. a. 1999,
 429 S., 103 Abb. (78,00 DM)

Die Autorin, engagierte Kulturwissenschaftlerin aus Berlin, zielt mit ihrer umfangreichen Studie zur Konsumkultur in der DDR auf die Analyse der »Lebenswelt« der Menschen unter sozialistischen Verhältnissen. Erfolgreich versucht sie, »Konsummuster der sozialistischen Gesellschaft im Spannungsfeld von Utopie und Bedürfnis, staatlicher Politik und individueller Lebensweise« (S. 9) herauszuarbeiten. Sie wendet sich damit einem Thema zu, das bei der bisherigen Aufarbeitung der DDR-Geschichte arg vernachlässigt wurde, für die Erklärung der Vergangenheit aber von eminenter Bedeutung ist.

Ihr Vorgehen unterscheidet sich dabei wohlthuend von der hier sonst üblichen, »einseitig an westdeutschen Erfahrungen und Lösungsmustern« (S. 7) orientierten Methode. Die von westdeutschen DDR-Forschern geprägten Begrifflichkeiten und Wertungsmuster wie »Nischengesellschaft«, »Unrechtsstaat«, »Mangelwirtschaft« usw. weist sie als »ungeeignet« (S. 359) für die Erklärung der DDR-Wirklichkeit zurück. Ebenso die diffamierenden, in den Fakten aber oftmals ungenauen und fehlerhaften Recherchen bestimmter ostdeutscher DDR-Forscher (vgl. Fußnote 6, S. 10). Demgegenüber versucht sie bei der Erfassung der Lebenswelt der Ostdeutschen von der »Eigenlogik der Entwicklung der Konsumtionsverhältnisse« (S. 12) unter sozialistischen Bedingungen auszugehen und so, frei von westeuropazentrierten Deutungsmustern, der inneren Logik derselben zu folgen. Wie sich zeigt, ist dies nicht nur ein praktikabler Forschungsansatz, sondern zugleich auch ein akzeptabler Schritt in Richtung einer wissenschaftlichen Vergangenheitsbewältigung.

Die Studie gliedert sich in drei Abschnitte und folgt damit der Abfolge der Phasen des Reproduktionsprozesses. Der erste Teil beinhaltet eine Darstellung der ökonomischen Voraussetzungen und Bedingungen der Pro-

duktion von Lebensmitteln und Konsumgütern in der DDR sowie den Zusammenhang von Bedürfnis und Produktion. Im zweiten Teil werden die Distributions- und Zirkulationsformen untersucht. Der dritte Teil schließlich ist der Entwicklung der Konsumtion und Konsumtionskultur gewidmet. Obwohl der erste Abschnitt »Produktion und Bedürfnis« angesichts der Anlage der Arbeit als einer »kulturhistorischen Studie« (S. 35) eher einleitenden Charakter besitzt, ist er für das Gesamtverständnis des Buches doch fundamental. So enthält dieser Teil eine Reihe grundlegender Aussagen zur Stellung der Konsumgüterproduktion in der sozialistischen Gesellschaft, zum Zurückbleiben des Angebots gegenüber der Nachfrage, zur Konsumpolitik der SED und zu den realen Entwicklungsprozessen auf diesem Gebiet seit den fünfziger Jahren.

Was nicht befriedigt, ist die theoretisch-ökonomische Argumentation. So verkürzt Merkel zum Beispiel den Zusammenhang zwischen Bedürfnis und Produktion auf die Problematik der »Planung« und »Erziehung« der Bedürfnisse (vgl. S. 133ff.). Die gesamte, auf Karl Marx rekurrierende, philosophisch-ökonomische Diskussion zur Produktion »neuer« Bedürfnisse hingegen bleibt unbeachtet. Die umfangreiche Literatur hierzu, von H. Taut über H.-D. Haustein bis hin zu K. Waltuch, bleibt unerwähnt und wird nicht verarbeitet. Trotz dieses unübersehbaren Mangels enthält dieser Teil aber hervorragend gelungene, die Gesamtproblematik durchaus erhellende Abschnitte, zum Beispiel zum Problem der Überplanbestände (vgl. S. 104ff.).

Der zweite Teil behandelt die sozialistische Verteilungs- und Austauschphäre einerseits richtig als »Markt«, andererseits als bloße Verteilung, Versorgung etc. Überzeugend zeigt die Autorin, daß es sich hier um eine Sphäre »von überragender kultureller und symbolischer Relevanz« (S. 161) handelt. So werden die Sonderformen des Handels wie *Exquisit*, *Delikat* und *Intershop* nicht bloß als Abweichungen von der sozialistischen Konsumkultur behandelt, sondern zugleich auch als Ingredienzien derselben, als Ausdruck der hierin sichtbar werdenden Widersprüche der DDR-Gesellschaft: »Die Etablierung eines nach marktwirtschaftlichen Prinzipien organisierten Sektors für den gehobenen Bedarf ...

verweist auf einen ... grundsätzlichen Widerspruch in der sozialistischen Konsumpolitik« (S. 299). Hier kreuzen sich die einander widersprechenden Tendenzen (kommunistischer) Egalisierung einerseits und ökonomisch bedingter Ausdifferenzierung der Gesellschaft andererseits. Daß das Abgehen von dem »Egalisierungsideal« nicht nur die (erwünschten) ökonomischen Wirkungen hatte, sondern auch »gravierende kulturelle Folgen«, und dies nicht nur »hinsichtlich der Ausdifferenzierung von Lebensstilen, sondern auch in Bezug auf das Eindringen und Bestätigen westlicher Konsumideale« (S. 299), wird überzeugend vermittelt.

Nicht ganz im richtigen Licht erscheint dagegen das sozialistische Leistungsprinzip »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung«. Abgesehen vom unrichtigen Wortlaut (die Autorin zitiert es nur verkürzt), zielte dieses Prinzip vom Grundsatz her weit aus stärker auf eine Differenzierung bei der Entlohnung und im Konsum als politisch zugegeben und für durchführbar gehalten. Deshalb galten die marktwirtschaftlichen Reformbemühungen in der DDR immer auch dem Leistungsprinzip, ein Gedanke, der hier leider nicht referiert wird. Merkel zeigt dann, wie die bereits in der Produktionsweise angelegte Discrepanz zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Markt in Erscheinung tritt und dabei ein enormes Konfliktpotential entfaltet. So erklärt es sich, daß der Handel »stets zwischen allen Parteien« stand und »zum Austragungsort unterschiedlicher Interessen« (S. 298) wurde.

Im dritten Teil werden die Konsumverhältnisse, das heißt, gemäß der Anlage der Arbeit, vor allem die kulturellen Aspekte des Gebrauchs und Verbrauchs von Konsumgütern, untersucht. Auch in diesem Abschnitt wird von theoretischen Überlegungen (hier zu Lebensstil und Lebensweise) ausgegangen, um dann Einzelaspekte, gestützt auf empirische Untersuchungen, zu behandeln. Das hier anzutreffende größere Maß an empirischen Erhebungen (Interviews) verleiht diesem Teil aber einen etwas anderen Charakter als den beiden anderen Kapiteln. Es findet sich hier zwar eine Fülle interessanter Einzelaussagen, was jedoch zu kurz kommt, ist deren Verdichtung zu einem Gesamtbild DDR-typischer Gebrauchs- und Verbrauchsmuster. Vielleicht ist dies der

schwierigen Quellenlage geschuldet (vgl. S. 360f.); vielleicht aber fehlte es einfach auch nur an der erforderlichen Zeit, um die Einzelaussagen zu einem Gesamtbild zu verdichten.

Im ganzen gesehen stellt die hier vorliegende Arbeit eine bemerkenswerte wissenschaftliche Leistung dar. Nicht nur, daß es Ina Merkel gelungen ist, die Konsumkultur der DDR in ihrer Komplexität, Vielfalt und Widersprüchlichkeit in gehöriger Breite zu erfassen und darzustellen. Es wurde dabei auch ein anderer Ansatz als sonst meist üblich praktiziert, was zu bemerkenswerten Unterschieden in der Bewertung bestimmter Verhaltensmuster führt. So gelangt Merkel zu einem gegenüber der westdeutschen DDR-Forschung wesentlich differenzierteren und in mancher Hinsicht auch freundlicheren Bild der DDR-Vergangenheit. Gleichwohl ist ihre Darstellung frei von *Ostalgie* und unkritischer Parteinahme. Sie kritisiert die DDR-Verhältnisse aber, indem sie versucht, diese zu erklären, das heißt, sie von ihrer inneren Logik und Widersprüchlichkeit her zu erfassen. Dies hebt ihr Herangehen positiv von Versuchen ab, worin eine plumpe Gegenüberstellung von DDR- und BRD-Realitäten erfolgt. Unter wirtschafts- und kulturhistorischem Aspekt wäre eine exaktere zeitliche Abgrenzung wünschenswert gewesen: entweder die Periode zwischen 1958 und 1971 oder die gesamte Zeit der DDR. In vorliegendem Text wechselt dies, was so manchen Schluß fragwürdig werden läßt. Zuletzt sei noch erwähnt, daß das Buch nicht nur über die DDR Aufschluß gibt, sondern auch über die Zeit danach. Insofern stellt es auch einen Beitrag zur Transformationsforschung dar.

ULRICH BUSCH

Raina Zimmering:
Mythen in der Politik der DDR.
Ein Beitrag zur Erforschung
politischer Mythen,
Leske + Budrich Opladen 2000,
385 S. (64 DM)

Die im vorliegenden Buch verfolgte Absicht umreißt die Autorin als den Versuch, »der Entwicklung, der Festigung, dem Wandel und

schließlich dem Verfall von politischen Meinungen, Einstellungen und Verhalten in der DDR auf die Spur zu kommen. Hierbei geht es ... um die Art und Weise der Entstehung von Einstellungen durch historische Reminiszenzen und kollektive Selbstentwürfe. Dies kleide ich in den Begriff des »politischen Mythos«, der in den letzten Jahren in den Geisteswissenschaften eine Renaissance und in der Politik ein Debüt erfuhr« (S. 11f.).

Dem so bereits im ersten Satz angekündigten Ziel läßt sich gedanklich mühelos folgen und man wird bejahen, daß eine Untersuchung der Ursachen für den in den achtziger Jahren und speziell 1989/1990 erkennbaren »Verfall von politischen Meinungen, Einstellungen und Verhalten« von DDR-Bürgern »auf die Spur zu kommen« wichtig ist. Daß hierbei »historische Reminiszenzen und kollektive Selbstentwürfe« – was immer das auch sein mag – eine Rolle gespielt haben können, ist sicher zu beachten. Was das allerdings mit »politischen Mythen« zu tun haben soll, darauf darf man gespannt sein. Den Begriff des politischen Mythos kann sie doch nicht nur gewählt haben, weil er »in den Geisteswissenschaften eine Renaissance und in der Politik ein Debüt« erfahren hat, oder wollte sie ihrem Professor Herfried Münkler damit einen Gefallen tun? Das Attribut »historisch« vor Reminiszenzen kann man übrigens weglassen, weil Reminiszenz Rückerinnerung bedeutet, aus dem lateinischen »reminisci« (sich erinnern) abgeleitet ist und damit zwingend einen historischen Bezug hat. Und Mythen – ob politische oder nicht politische –, das heißt Sagen, Fabeln oder Erzählungen wie ihr Professor mit Narrationen, also Erzählungen, Geschichten zu bestimmen – »Danach sind politische Mythen Narrationen ...« (S. 13) –, kann nicht gerade als wissenschaftliche Leistung oder Neuwert aus Forschungen interpretiert werden.

Frau Zimmering spricht von »Gründungs- und Sinnstiftungsmythen (welch eine Wortschöpfung! – WT.) der DDR« und nennt ihren »Hauptuntersuchungsgegenstand ... »der Antifaschismus« als entscheidender Gründungsmythos der DDR, »der Bauernkrieg und die Reformation« als wichtige Additionsmythen und »Preußen« als gravierendstes Beispiel der »Arbeit am Mythos«. Daraus leitet sie zwei

zentrale Fragestellungen ab: »Welche Inkonsistenzen (Unhaltbarkeiten – WT.) und Widersprüche wiesen die politischen Mythen in der DDR von vornherein auf? (...) Welche äußeren Einflüsse konterkarierten das Mythensystem?« Danach folgen vier vielfach untergliederte Kapitel: I. Mythen der Politik – theoretische Ausgangsfragen, II. Der Antifaschismus – Gründungsmythos der DDR, III. Bauernkrieg und Reformation als politische Mythen der DDR, IV. Der Preußenmythos der DDR, Schlußbemerkung und Literaturverzeichnis.

Das theoretische Eingangskapitel ist interessant, weil die Autorin zur Begründung ihrer Auffassung von Mythen theoretische Ansätze aus der Philosophie von Cassierer und Blumenberg ableitet, politikwissenschaftlichen Zugang unter anderem über Murray Edelman sucht und sogar Veröffentlichungen über Psychoanalyse nutzt. Aus diesen Quellen wählt sie solche Gedanken aus, die sie zur Begründung ihrer Vorgehensweise für relevant ansieht. Sie will zum Beispiel nach Hans Blumenberg in ihrer Arbeit Mythen »als »Geschichten, in denen und durch die der human unverfügbaren Faktizität der Welt eine Bedeutsamkeit für den Menschen beigelegt wird« verstanden« wissen (S. 24). Mit diesem Ansatz gräbt sie sich allerdings selbst eine Grube, in die sie bei der Behandlung ihrer eigentlichen Untersuchungsgegenstände auch prompt hineinfällt. Antifaschismus ist nämlich eine sehr wohl »human verfügbare historische Faktizität« und damit kein Mythos (Fabel, Sage, Rede, Erzählung), nicht Mystik (Geheimnisvolles), Mythisierung (Personen oder Ereignisse zu Legenden machen) oder Mythologisierung (Glorifizierung von aus verschwommenen sozialen Zusammenhängen ausgewählten Personen oder Ereignissen). Manche Zitate aus ihren Quellen sind mit dem Ansatz von Blumenberg kaum koordinierbar, zum Beispiel Edelman, der feststellt, daß Mythen und Symbole in der Politik »die Eigenschaft besitzen, Menschen zum eigenen Nachteil und zum Vorteil anderer zu manipulieren und zu instrumentalisieren« (S. 31), so daß »zwischen mehr verdunkelnden und mehr aufklärerischen Mythen unterschieden werden« muß (S. 32)

Das Kapitel über den Antifaschismus als Gründungsmythos der DDR beweist die Konfusion in den theoretischen Ausgangspositionen.

Sie spielen in den vielen Teilabschnitten übrigens nur eine untergeordnete Rolle, denn der tatsächliche Ansatz ist ein politischer und lautet: Delegitimierung des Antifaschismus der DDR von Anfang an. Das sagt Frau Zimmering nur indirekt (»von vornherein«), macht es aber direkt. Um nur einen Satz zu zitieren: »Der Mythos vom Antifaschismus bedeutete in den ersten Jahren der DDR ein Angebot an Sinndeutung für die Situation des Untergangs des Nationalsozialismus und ermöglichte es, mit der eigenen Niederlage und den Verlusten von Angehörigen und Besitz, aber auch mit der eigenen Schuld der Verstrickung in die nationalsozialistischen Verbrechen fertig zu werden« (S. 38). Daß Antifaschismus Widerstand gegen den Nazismus, Befreiung von faschistischer Diktatur, Beendigung von Krieg und Völkermord, den Schwur bedeutete, so etwas darf sich in Deutschland nie mehr wiederholen und darum den Aufbau einer antifaschistisch-demokratische Ordnung verlangte, was auch Forderung der Siegermächte war, das alles geht bei Frau Zimmering unter. Es ist eben methodisch verhängnisvoll, wenn man über die DDR aus der Sicht ihres Untergangs schreibt, anstatt vom Anfang auszugehen, von den damals in unserem zerstörten Land zu lösenden Problemen und den verängstigten, politisch verhetzten, hungernden und frierenden Menschen, von den Frauen, deren Männer gefallen oder ermordet waren, die aber ihre Kinder ernähren mußten usw. Mit diesen Menschen mußte der Neuanfang gestaltet werden. Die Antifaschisten, aus KZ und Zuchthaus zurückgekehrt, haben sich an die Spitze gestellt, sie waren wahrhaftige »Aktivisten der ersten Stunde«, die Frau Zimmering auf Seite 41 diskreditiert. Die dazu gehörenden Neulehrer, schreibt sie, wären damals indoktriniert worden (vgl. S. 42). Ich war Neulehrer und weiß, welche Probleme wir wirklich hatten und was uns die von den Nazis gemäßregelten oder eingesperrten Pädagogen in abendlichen Lehrgängen beigebracht haben, damit wir am Vormittag anständigen Schulunterricht geben konnten, 28 Stunden in der Woche.

Die meisten der Delegitimierungsversuche der Autorin funktionieren übrigens nicht. Über den Deutschunterricht kann sie nur feststellen, daß er bei den Schülern »eine tiefe emotionale Bindung an den Antifaschismus« (S. 61) be-

wirkt hat. Ihre voran- oder nachgestellten Entkräftigungen dieser Tatsache gehen ins Leere. Ihre Behauptung, die Deutschlehrpläne von 1946 bis 1949 enthielten keine antifaschistischen Themen (vgl. S. 57), ist schlichtweg falsch. Bereits 1947 gab es die Dramen von Friedrich Wolf, von Wolfgang Langhoff »Die Moorsoldaten«, den Gedichtband »Heimkehr« von Johannes R. Becher und anderes mehr, die Eingang in den Unterricht fanden. Ernst Thälmann wäre »in der Sinnvermittlung der DDR-Meinungsmacher ... eine Art Kunstfigur« geworden (S. 80/81). Die Denkmäler in Buchenwald, Sachsenhausen und anderswo sowie die Ehrenmale für die Rote Armee in Berlin und anderen Städten werden in ihr Mythenschema gepreßt und im wahrsten Sinne des Wortes verbal entweiht. Es können hier nicht alle Blasphemien erwähnt werden, die Seite für Seite aneinander gereiht sind.

Weil für Frau Zimmering »Antifaschismus als Negativmythos« noch nichts darüber aussagt, »nach welchen Kriterien und Vorbildern sich die neue Gesellschaft gestalten sollte«, mußten angeblich Bauernkrieg und Reformation als »Additionsmythen« erhalten, um den Negativmythos Antifaschismus sozusagen positiv umzukehren (vgl. S. 171). Schließlich wird im letzten Kapitel Preußen bemüht. »Die Einbeziehung der Befreiungskriege und preußischen Reformer in einen positiven politischen Mythos der DDR diene in erster Linie dem Aufbau eigener bewaffneter Organe ... ab 1956 der Gründung der NVA ...« (S. 326). Daß die wissenschaftlichen Arbeiten über Bauernkrieg, Reformation und auch Preußen ein differenziertes Bild der deutschen Geschichte vermittelten und demokratische Traditionslinien verdeutlichten, die vor allem bei der Bewußtseinsbildung der Jugend eine Rolle spielen sollten und auch gespielt haben, kann Frau Zimmering nicht leugnen, darum versucht sie es zu verleugnen.

Abschließend und um der Autorin Gerechtigkeit wegen ihrer Fleißarbeit widerfahren zu lassen, sei gesagt, daß sie durch ihre verquaste Mythenmethodik und die Delegitimierung von Antifaschismus, kritischer Aneignung der deutschen Geschichte durch die DDR-Wissenschaft und demokratischer Traditionsbildung für die Erziehungsarbeit alles verschenkt hat, was ihre Materialsammlung tatsächlich her-

gibt. Würde sie die zusammengetragenen Fakten historisch-logisch aufbereitet haben, dann hätte daraus eine Arbeit werden können, die einen überzeugenden Einblick in die Herausbildung, die Entwicklung und auch in die Ursachen für den Niedergang politisch-ideologischer Grundpositionen der DDR-Bevölkerung gibt. Denn in einem Punkt hat sie recht, die wichtigste Ursache für das Scheitern des geistig-politischen Überbaus in der DDR »war die Nichterfüllung der Versprechungen und Erwartungen von Demokratie und breiter Volksbewegung« (S. 359). Dennoch, auch zehn Jahre nach dem Anschluß der DDR an die alte Bundesrepublik ist der Antifaschismus in der Bevölkerung der neuen Bundesländer noch immer politisch lebendig und keineswegs ein Mythos. Die Kenntnisse über Bauernkrieg und Reformation sind hier sicher substantieller als das, was westdeutsche Lehrbücher hergeben. Und was Preußen betrifft, welche neuen Legenden gestrickt werden in diesem Jahr, in dem die Gründung des Königreichs Preußen vor 300 Jahren zwölf Monate lang gefeiert wird, erleben wir gerade.

WOLFGANG TRIEBEL

Ulrich Brand, Achim Brunnengräber
Lutz Schrader, Christian Stock
Peter Wahl:
Global Governance. Alternative
zur neoliberalen Globalisierung?
(Eine Studie von Heinrich-Böll-
Stiftung und WEED),
Westfälisches Dampfboot Münster
2000, 204 S. (29,80 DM)

Das Lager der Gegner der vorherrschenden Form neoliberaler Globalisierung ist bekanntlich außerordentlich heterogen. Sogar »klassisch« neoliberale Institutionen wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds scheinen inzwischen auf Distanz zum harten Kern der Neoliberalen zu gehen und in den Chor jener einzustimmen, die angesichts der hohen sozialen Kosten marktgläubiger Roßkuren der letzten Jahre einen eher moderaten Kurs mit einem »effizienten Staat« als wichtigem Akteur das Wort reden. Im Zusammen-

hang mit diesen Entwicklungen rückt nun ein Begriff zunehmend ins Zentrum der Debatte, der geeignet scheint, »die Probleme der neoliberalen Globalisierung in den Griff zu bekommen« (S. 13): *Global Governance*. Ein Konzept, das – ähnlich wie das marktwirtschaftlich gewendete Konzept »nachhaltiger Entwicklung« – unscharf genug ist, um einer breiten Front unterschiedlichster Globalisierungsgegner als Projektionsfläche dienen zu können.

Den fünf Autoren des vorliegenden Bandes ist dieser Diskurs oder dieses »diskursive Feld« offenbar nicht ganz geheuer, viel zu vage und damit (zu) vielseitig instrumentalisierbar. Deshalb ist »die Erkundung des Diskursfeldes »Global Governance« und die kritische Auseinandersetzung mit ihm das Ziel des ... Buches« (S. 14). Dazu beschreiben sie zunächst den Global-Governance-Ansatz in seiner dreifachen Gestalt als heuristisches Instrumentarium, als normative Orientierung und als politisch-strategischen Reformansatz (Kapitel 2). Im 3. Kapitel wird ein regulationstheoretisch gestütztes Erklärungsmodell für einen Globalisierungsprozeß unter neoliberalen Vorzeichen entfaltet, das einen, trotz gedrängter Form, sehr gelungenen Überblick über die wesentlichen sozio-ökonomischen Umbrüche der letzten Jahrzehnte und ihre Interpretation durch die Autoren liefert. Darauf aufbauend, werden real existierende Strukturen der internationalen Politik skizziert, die sowohl als »Ausdruck der gegenwärtigen Strukturbrüche« wie auch als Handlungsrestriktionen verstanden werden – wobei letztere allerdings im rein deskriptiven 4. Kapitel so gut wie gar nicht erörtert werden. Das 5. Kapitel stellt »in konzentrierter Form« die Kritik der Autoren an den Global-Governance-Konzepten vor. Noch einmal spannend wird es schließlich im 6. Kapitel, wo es um die »eigenen Alternativvorstellungen« geht.

Die Kritik wie auch die später präsentierten Alternativen organisieren sich an der grundlegenden Fragestellung, »ob und wie (durch Global Governance – A.H.) die grundlegende Logik der neoliberalen Globalisierung und nicht nur ihre Folgen in Frage gestellt werden« (S. 88) können. Und genau dies vermögen die landläufigen Global-Governance-Modelle mit dem ihnen eigenen »Verzicht auf

die theoretische Bearbeitung empirischer Befunde« – nach Meinung der Autoren – nicht zu leisten. »In seiner absichtsvollen Geschichtsvergessenheit übergeht der Global-Governance-Diskurs die historische Herausbildung der strukturellen Zwänge des Weltmarktes, das koloniale Erbe Europas mit der ungleichen (Teilung – A.H.) der Welt in Nord und Süd, oder die globale Ressourcenplünderung durch die wachstumsorientierte Industrialisierung« (S. 130). Damit entpuppt sich Global Governance als ein politisches Konzept, das sich in seinem Inhalt als ähnlich technokratisch gewendet erweist wie das Konzept ›Nachhaltiger Entwicklung‹ – beide beschreiben das »umfassende Projekt eines ökologisch und sozial verträglichen Kapitalismus« (S. 154). Während unter dem Markenzeichen ›nachhaltige Entwicklung‹ inzwischen gravierende ökologisch-soziale Fehlentwicklungen und die daraus resultierenden Umweltprobleme auf bloße Managementfragen reduziert werden, bemüht sich der Global-Governance-Diskurs, für das Management der Globalisierungsfolgen Akteure mit entsprechendem »globalen Steuerungspotential« zu mobilisieren. Mit einem kühnen Sprung über die Wirklichkeit hinweg werden nun als Hoffnungsträger »genau jene Akteure benannt, die die Hauptverantwortung für die Realitäten der herrschenden Weltordnung tragen« (S. 143). Um die Illusion eines ökologisch und sozial gebändigten Kapitalismus beschwören zu können, darf folglich von der destruktiven Energie, die den ›modernen‹ Marktkräften seit ihrer Herausbildung eigen ist, und von den realen Herrschaftsverhältnissen auf der Ebene des kapitalistischen Weltmarkts wie auch innerhalb nationalstaatlicher Strukturen weder im Global-Governance-Diskurs noch im ›modernisierten‹ Konzept nachhaltiger Entwicklung die Rede sein. Aus der Sicht der Autoren des vorliegenden Buches vermag Global Governance also gerade deshalb nicht zu überzeugen, weil damit »alle widerstreitenden Interessen durch freiwillige Einsicht und durch Verhandlungsprozesse unter Aufsicht der Staaten zu allseitiger Zufriedenheit« (S. 157) aufgelöst werden sollen. Vor dem Hintergrund einer solch klaren Distanzierung sind natürlich die in Vorschlag gebrachten Gegenentwürfe von besonderem Interesse.

Hier erwartet den Leser zunächst jedoch genau das, was er ohnehin schon erwartet haben dürfte: nämlich die Bitte um Generalpardon, denn »die Dinge liegen komplizierter, als dass mal eben so Modelle zur Gesellschaftsveränderung entworfen werden könnten« (S. 158). Folglich wenden sich die Autoren in aller Bescheidenheit den »Mindeststandards« bei der »Neuvermessung des Politischen« in einem »offenen gesellschaftlichen Suchprozeß« nach einer »emanzipatorischen Praxis in Zeiten der Globalisierung« zu.

Anknüpfend an ihre Kritik der von allen Varianten des Global-Governance-Diskurses behaupteten aktuellen Entmachtung des Staates durch die Ökonomie (vgl. 138ff.) plädiert das Autorenteam in erster Linie für eine Erweiterung des Politikbegriffs über seine Fixierung auf (Staats)Apparate, Institutionen und Parteien hinaus. Ziel ist eine Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, die schließlich auch die im Staat geronnene Hierarchie der Interessen zu verändern vermag. »Emanzipatorischer Politik geht es also im Kern um die Gewinnung gesellschaftlicher Hegemonie ...« (S. 162). Dazu ist die »Rehabilitation von Gesellschaftskritik«, die selbst in ihrem sozialdemokratisch-reformistischen Gewand mit dem Siegeszug des neoliberalen ›Zeitgeistes‹ ein für alle Mal diskreditiert schien, unverzichtbar. Die vorherrschende Verklärung der bestehenden Verhältnisse als alternativlos wäre also zu konterkarieren durch eine »kritische Analyse« gesellschaftlicher Wirklichkeit, die in letzter Konsequenz, verstanden als Bewegung zu einer tatsächlichen »Emanzipation aller Menschen ... über die bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse ... hinaus(weist)« (S. 167).

Wie fast immer, wenn es um die Organisation von Gegenmacht und um gesellschaftliche Alternativen geht, zeigt sich das aktuelle Dilemma praktischer Ohnmacht, wenn die Frage nach den sozialen Trägern gestellt wird. Dieses Schicksal bleibt auch den Kritikern von Global Governance nicht erspart. Die von ihnen benannten drei »potenziellen Träger von Gegenmacht und emanzipativer Praxis« – soziale Bewegungen, NGOs und Gewerkschaften – erweisen sich bei genauerer Analyse als nicht nur außerordentlich heterogen, sondern auch als jeweils spezifisch anfällig für die ›Uarmungsbestrebungen‹ des herrschenden

Systems. Dieses Kardinalproblem beim Versuch der Benennung von Keimzellen möglicher Veränderung nicht übersehen zu haben, spricht für das entwickelte Problembewußtsein der Autoren.

So faszinierend die überaus kritische Auseinandersetzung mit Zweck und Inhalt des Global-Governance-Diskurses auf den ersten Blick auch sein mag, so überzeugend die »Mindeststandards« einer fälligen Neuorientierung emanzipativer Politik auch vorgetragen werden, auf dem Ganzen lastet am Ende nur allzu deutlich der Makel praktischer Wirkungslosigkeit. Demgegenüber ist es gerade die Verheißung politischer Machbarkeit, die nicht zuletzt die Attraktivität von Global Governance ausmacht. Und dennoch ist ein solches Buch wie das vorliegende wichtig, weil es zur Wiedergewinnung kritischer Gesellschaftstheorie und emanzipativer Praxis beizutragen vermag.

ARNDT HOPFMANN

IG Metall (Hrsg.):
Denk-Schrift *fair* teilen,
Wochenschau-Verlag
Schwalbach/Ts. 2000,
149 S. (24,90 DM)

Am 6. Oktober stellte die IG Metall ihre Initiative »*fair* teilen« auf einer Pressekonferenz in Frankfurt/M. vor. Sie ist Bestandteil einer Zukunftsdebatte, in der Visionen einer solidarischen und zivilen Gesellschaft entwickelt werden sollen. Mit ihr soll, so der 2. Vorsitzende, *Jürgen Peters*, dazu beigetragen werden, daß Fragen der Verteilungsgerechtigkeit wieder die notwendige politische Aufmerksamkeit geschenkt und die gerechte Verteilung – ein Tabu im Neoliberalismus – zu einem öffentlichen Thema gemacht wird. Die Gesellschaft müsse wieder stärker über Armut und Reichtum, über Wohlstand und Lebenschancen reden. Die Gewerkschaft wolle über Einkommen, Vermögen, Beteiligung reden, darüber, »wer wenig hat, wer zu viel hat, wer es verdient«.

Da die IG Metall Bündnispartner benötigt, um dieses komplexe Thema auf die politische Tagesordnung zu hieven, lädt sie die anderen

Gewerkschaften, aber auch Parteien, Verbände, Kirchen und andere Initiativen ein, sich an dem Dialog zu beteiligen.

Die Beratungen sollen bis Anfang 2002 abgeschlossen werden und ihre Ergebnisse dann, rechtzeitig vor der nächsten Bundestagswahl, veröffentlicht werden.

Grundlage des gesellschaftlichen Diskurses ist die von *Matthias Möhring-Hesse* erarbeitete »Denk-Schrift *fair* teilen« sowie eine Kurzfassung von 31 Seiten »*fair* teilen, Initiative für soziale Gerechtigkeit«, die von *Gisela Pettersson* erarbeitet wurde. Diese ist für diejenigen gedacht, die sich die Denk-Schrift als Einstieg in die Initiative noch nicht zumuten wollen. Beide Publikationen bilden faktisch eine Einheit.

Im Vorwort zur Denkschrift meinen *Klaus Zwickel* und *Jürgen Peters*, 1. und 2. Vorsitzender der IG Metall, daß die Verteilungspolitik bei vielen als »alter Hut« gelte. Die Gewerkschafter sollten glauben gemacht werden, daß es am besten wäre, »der gemeinsam erwirtschaftete Reichtum müsse stärker über die Märkte verteilt werden«, zwar gäbe es dann größere Ungleichheiten, aber Wirtschaft und Gesellschaft kämen so am besten voran. Andere redeten zwar von sozialer Gerechtigkeit, ließen jedoch nur noch die Idee der Chancengleichheit gelten. Weil jedoch die sozialen Ungleichheiten in den vergangenen Jahren zugenommen hätten und sich bedeutende strukturelle Verschiebungen bei der Verteilung der Einkommen und Vermögen ergeben hätten, starte die IG Metall die Initiative »*fair* teilen«. Sie wolle mit ihr für »Fragen der gerechten Verteilung eine neue politische Aufmerksamkeit schaffen«.

Dazu schreiben *Klaus Zwickel* und *Jürgen Peters*: »Diese Gesellschaft muss wieder stärker über Armut und Reichtum, über Wohlstand und Lebenschancen reden. Aber es gibt zu wenige, die das Thema wirklich ins Zentrum der Diskussion rücken. Gerechtigkeit bleibt eine leere Floskel. Die IG Metall findet sich damit nicht ab. Wir wollen diesem Thema wieder Gewicht verleihen. Wir reden über Einkommen, Vermögen, Beteiligung. Wir reden darüber, wer wenig hat, wer zu viel hat, wer es verdient.«

Nach einer ausführlichen Einleitung, in der dargestellt wird, was das Ziel der Denkschrift

ist, wird in vier Kapiteln – Lage der Verteilung, Soziale Gerechtigkeit, Verteilungspolitik und Initiative »fair teilen« – den angesprochenen Problemfeldern auf den Grund gegangen. Dabei werden die offenen und weiter zu diskutierenden Fragen herausgehoben und es wird behandelt, wie die notwendige Diskussion organisiert werden soll.

In der Einleitung geht die IG Metall davon aus, daß dieses Land eine andere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums brauche. »Und diese andere Verteilung muss gerechter sein als die bestehende.« Für wenige Monate nach den Bundestagswahlen habe es geschienen, daß die Verteilung wieder als originäre Gestaltungsaufgabe begriffen und öffentlich diskutiert werden könnte. »Doch bald schon kippte das Stimmungsbild, brach in den kurzen verteilungspolitischen Frühling erneut der Winter ein.«

»Unter dem Deckmantel der Chancengleichheit« suche man »den ›lieben Frieden‹ mit den bestehenden sozialen Schieflogen« und suche »im Duktus der sozialen Gerechtigkeit marktradikale Reformoptionen abzusichern«.

Im ersten Kapitel zur »Lage der Verteilung« werden die Verteilung, die Einkommen, die Sozialtransfers, die Steuern und Vermögen sowie die Bedeutung der öffentlichen Infrastruktur unter die Lupe genommen. So wird festgestellt, daß sich die Bundesrepublik auf dem Weg in den »Lohnsteuerstaat« befinde und dann resümiert: »Zusammenfassend sehen wir die Bundesrepublik, was die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums angeht, in einer problematischen Schiefloge – und dies aus drei Gründen:

Die Lebenslagen der einzelnen werden immer stärker auseinandergerissen, so dass sich die Gesellschaft zunehmend spaltet.

Die Arbeitnehmer werden bei der Verteilung zunehmend benachteiligt.

Die bestehenden Verteilungsstrukturen sind auf die weiter voranschreitende Differenzierung der Lebensformen unzureichend vorbereitet. Bestimmte Lebensweisen scheinen unter die Räder einer unzeitgemäßen Verteilung zu geraten.«

Die IG Metall untersuchte die »dunklen Flecken auf der goldenen Sonne«. Und was entdeckte sie? Die Arbeitnehmer werden gegenüber anderen Gruppen der Gesellschaft

»systematisch benachteiligt«, sie bringen den Löwenanteil der Sozialabgaben auf. »Beitragsbemessungsgrenzen erlauben dagegen einkommensstarken Erwerbstätigen Beitragsabstinenz«. Die Sozialversicherungen wurden zum Finanzier gesamtgesellschaftlicher Aufgaben, siehe die deutsche Einigung.

Die Einkommen aus Gewinnen hängen die Nettolöhne ab. Rund 3,8 Millionen sind arbeitslos, real mehr als das Doppelte. Es gibt immer mehr Arme, sieben Millionen leben von weniger als der Hälfte des Durchschnittseinkommens. Über drei Millionen leben von Sozialhilfe, vor allem alleinerziehende Frauen, Arbeitslose, Rentner, kinderreiche Familien oder Jugendliche. Darunter sind eine Million Kinder. Fast eine Million hat kein Dach über dem Kopf. Selbst Arbeit schützt vor Armut nicht, Dumpinglöhne schaffen die Gruppe der »working poor«.

Die Mehrheit der Bevölkerung in den neuen Bundesländern gehört zur Gruppe mit unterdurchschnittlichem Einkommen. Nur etwa 15 Prozent erreicht mindestens ein dem westlichen Durchschnitt entsprechendes Einkommensniveau.

Im zweiten Kapitel zur »Sozialen Gerechtigkeit« wird dargelegt, daß sich die Gewerkschaften im Ringen um soziale Gerechtigkeit keineswegs auf verlorenem Posten befinden und sich auf die Meinung der Bevölkerungsmehrheit stützen können. Gleichwohl sei es bisher nicht gelungen, diese Mehrheit zu organisieren und für einen verteilungspolitischen Richtungswechsel zu mobilisieren. Um die politische Mehrheit hierfür zu gewinnen, müsse die Gewerkschaft ihre opponierenden Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit auch rechtfertigen.

Dabei müsse sie davon ausgehen, daß dieser Begriff Konjunktur hat und inflationär gebraucht werde. Die Gewerkschaft müsse sich mit dem Standardrepertoire marktradikaler Wirtschaftsphilosophien auseinandersetzen, die die angeblich positive Funktion der sozialen Ungleichheiten hervorheben. Neu sei allerdings, daß diese neoliberale Argumentation auch die jüngste Grundsatzdiskussion der SPD präge.

Lohnzurückhaltung und steigende Gewinne hätten jedoch nicht, wie versprochen, zu einer Dynamik der volkswirtschaftlichen Entwick-

lung geführt, von der alle profitiert hätten. Es wird dann dargelegt, was die IG Metall unter sozialer Gerechtigkeit versteht: Jeder müsse die Möglichkeit haben, »sich an den jeweils relevanten gesellschaftlichen Entwicklungen zu beteiligen und dort jeweils sich selbst und die eigenen Interessen zu vertreten«. Damit aber alle ihre gleichen Rechte verwirklichen können, müßten diese Rechte eine materielle Entsprechung haben. »Jeder und jede muss über ausreichend Einkommen und Vermögen verfügen, um seine bzw. ihre Rechte wie alle anderen verwirklichen zu können.«

Im dritten Kapitel zur »Verteilungspolitik« werden die Grundsätze gewerkschaftlicher Politik in dieser für sie existentiellen Frage dargelegt, in fünf verteilungspolitischen Feldern, vor allem in der Tarifpolitik, aber auch bei der Ausgestaltung von sozialstaatlichen Fürsorge- und Sicherungssystemen, der Finanzierung der staatlichen Ausgaben durch Beiträge und Steuern, der Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, etwa in die Bildung, oder um die Verteilung der Vermögen.

In der Tarifpolitik sei die Gewerkschaft herausgehobene Vertragspartei. Bei den anderen Politikfeldern müsse sie durch Überzeugung gesellschaftliche Mehrheiten erringen.

Die Gewerkschaft dürfe sich nicht damit abfinden, daß sie verteilungspolitisch geschwächt in das neue Jahrhundert gegangen sei. Die IG Metall will der notwendigen Solidarität stärkere Aufmerksamkeit schenken.

»Nicht weniger, sondern mehr Solidarität ist also gesellschaftlich gefordert. Die IG Metall wird jedenfalls politisch dafür werben, alle Einwohnerinnen und Einwohner in einen solidarischen Ausgleich einzubeziehen und den gesellschaftlich verfügbaren Reichtum umfassender als bisher für diesen Ausgleich zu nutzen.«

Mit der Initiative »fair teilen« will die IG Metall innerhalb der IG Metall den Raum für eine notwendige verteilungspolitische Debatte schaffen, in der Erwartung, daß sie auch über die Grenzen der Gewerkschaft hinaus geführt wird.

HEINZ SCHÄFER

Andreas Salomon (Hg.):
Auf den Spuren von
Georg Schuhmann und Alois Lahn.
Ein Beitrag zur Kolbermoorer
Räterepublik. Schriftenreihe des
DGB-Bildungswerks zur Regional-
geschichte, Bd. 1,
Eigenverlag Kolbermoor 2000
(29,80 DM)

Es ist Sonntag früh 9 Uhr, der 4. Mai 1919. Zwölf Weißgardisten stürmen die Wohnungen von Georg Schuhmann, dem Volksratsvorsitzenden und von Alois Lahn, seinem Sekretär. Sie treten die Türen ein, zerstören die Wohnungseinrichtungen, plündern und prügeln. Sie zerren die Gesuchten aus ihren Betten und schlagen brutal auf sie ein. Der Vater von Alois Lahn berichtet später in einer Lokalzeitung über seinen Sohn: »Sie warfen ihn an den jenseitigen Gartenzaun, wo er sich an einem Pfosten ein Loch in den Kopf schlug. Mir, der ich nachging, wurde mit Erschießen gedroht. Mein Sohn wurde wieder in die Höhe gerissen, mit Gewehrkolben wieder niedergeschlagen, einer schlug ihm mit der Schreibmaschine die Hirnschale ein.« Georg Schuhmann und Alois Lahn wurden zur Kolbermoorer Bahnunterführung geschleift, mehr tot als lebendig. Dort wurden sie schließlich ermordet.

Am Tag zuvor hatten die Kolbermoorer Räte der großen Übermacht der Freikorps weichen müssen. Zunächst hatte man an die Verteidigung des wie eine Festung ausgebauten Ortes gedacht. Aber 6000 Belagerer hatten einen Ring um Kolbermoor gezogen und Georg Schuhmann und seinen Genossen war klar, daß die Verteidigung der letzten roten Bastion nur ein großes Blutvergießen zur Folge gehabt hätte. So wurde die Stadt kampfflos übergeben. Über Kolbermoor wurde der Belagerungszustand verhängt. Hausdurchsuchungen und Verhaftungen fanden statt und viele Gefangene wurden nach Straubing und München abtransportiert. In zynischer Manier schreibt ein Chronist aus der Perspektive der Sieger: »Junge, zuchtlose Burschen und radaulustige Weiber, welche am Abend die wachhaltenden Soldaten durch Schimpf- und Schmährufe

beleidigten, wurden von diesen eingefangen und erhielten im Wachlokal einen Anstandsunterricht – mit Riemen des Sattelzeuges.« Georg Schuhmann sollte sich stellen, so sah es das Übergabeprotokoll vor. Aber dazu kam es nicht mehr.

Welche Ereignisse waren diesen turbulenten Geschehnissen vorangegangen? Als in München in der Nacht vom 7. zum 8. November 1918 durch Kurt Eisner die Republik ausgerufen wurde, zögerte man auch in der Industriestadt Kolbermoor nicht lange. Durch die große Baumwollspinnerei hatte sich längst eine aktive Arbeiterbewegung herausgebildet. So rief die SPD für den 11. November eine Volksversammlung ein, auf der aus allen Schichten der Bevölkerung die 25 Mitglieder des Ersten Kolbermoorer Volksrates gewählt wurden. Dieser bestand zunächst parallel zum Gemeinderat und hatte nur beratende Funktion. Das Beschlußbuch des Volksrates, das im Kolbermoorer Stadtarchiv aufbewahrt ist, macht deutlich, welche wichtigen Aufgaben dieser Volksrat sich zu eigen machte. In der schwierigen Zeit nach dem Ersten Weltkrieg kümmerte er sich um eine gerechte Lebensmittelversorgung, schritt ein gegen Wucherpreise und Schwarzhandel, sorgte für Wohnraum und Arbeitsmöglichkeiten und vieles mehr.

Der Einfluß des Volksrates wuchs zunehmend. Schon sechs Wochen später kam es zur Neuwahl, bei der die Vertreter der Arbeiterschaft stärker berücksichtigt wurden. Nun wurde der ehemalige Soldat, der 33jährige Georg Schuhmann zum ersten Vorsitzenden gewählt und war bald die für Kolbermoor entscheidende politische Persönlichkeit. Ein Chronist schrieb: »Die Arbeiterschaft verhimmelte ihn – die Bürgerschaft haßte ihn, denn Schuhmann sah hinter die Ladentische und brachte manch Gehortetes zum Vorschein und kontrollierte auch die Einkaufs- und Verkaufspreise und machte mit seinen unvermuteten Kontrollen den Geschäftsleuten die Hölle heiß.«

Der Einfluß Schuhmanns war schließlich so groß, daß er Sprechstunden im Rathaus abhielt. Als am 21. Februar 1919 der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner ermordet wurde, berief der Kolbermoorer Volksrat für den nächsten Tag eine außerordentliche Sitzung ein, auf der dem Bürgermeister Bergmann der Rücktritt nahe gelegt wurde. Georg

Schuhmann war nun nicht nur erster Volksratsvorsitzender, sondern auch der fünfte Kolbermoorer Bürgermeister. Noch einmal wurde ein Volksrat gewählt, der sich nun »Revolutionärer Arbeiterrat« nannte und sich politisch weiter radikalisierte. Im Protokollbuch der Räte heißt es »Schuhmann erklärt, nur einem aus Kommunisten gebildeten Rate vorstehen zu können.« Dies war am 29. April 1919, eine knappe Woche vor seiner Ermordung.

Das vorliegende Buch dokumentiert ausführlich diese knapp geschilderten Ereignisse, und ist zugleich ein aktuelles zeitgeschichtliches Zeugnis. Denn dem Autor geht es nicht nur darum, die damaligen Ereignisse wieder bekannt zu machen, sondern die Schwierigkeiten zu dokumentieren, die das Aufstellen einer Gedenktafel durch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) für die beiden Revolutionäre mit sich brachte. Das Buch beschreibt den zähen, monatelangen Kampf um diese Tafel, die schließlich nach einer Abstimmungsniederlage im Stadtrat ohne dessen Votum errichtet wurde. Im ersten Teil des Buches wird der historische Rundgang vom 4. Mai 1999 dargestellt, für den es gelungen war, nicht nur die unterschiedlichsten Referenten zu gewinnen, sondern auch den Bürgermeister (CSU). Die Stadtverwaltung legte schließlich sogar Kränze an den Gräbern nieder und verschob wegen der Veranstaltung eine Bauausschußsitzung. Im zweiten Teil des Buches wird der politische Kampf der GEW vor Augen geführt, den diese um die Gedenktafel führte. Im dritten Teil sind dann historische Dokumente aus der Kolbermoorer Rätezeit zusammengestellt, die einem die Möglichkeit geben, sich noch intensiver in die damalige Situation hineinzusetzen. Abschließend folgt der Abdruck des Protokollbuches der Räte. Dieses überaus wertvolle Zeugnis der damaligen Zeit ermöglicht es, nachlesen zu können, was die Räte diskutierten und beschlossen, um der Bevölkerung das Notwendigste an Nahrung bereitstellen zu können und darüber hinaus eine politische Form zu finden, die die größtmögliche Beteiligung aller an den Entscheidungen des Rates gewährleistete.

KLAUS WEBER

Das Buch ist lediglich über folgende Buchhandlung zu beziehen:
Buchhandlung Levin, Rosenheimer Str. 28, 83059 Kolbermoor, Tel: 08031/299280.

Helmut Stoecker:
Socialism with deficits.
An academic life in the
German Democratic Republic,
 Lit Verlag Münster – Hamburg –
 London 2000, 136 S. (39.80 DM)

Wer sich mit der Geschichte Afrikas befaßt, wird auf den Namen Helmut Stoecker stoßen. Wer sich schon Wissen über den Kontinent erworben hat, weiß Stoeckers wissenschaftliche Arbeiten zu würdigen. Jetzt ist im Lit Verlag Münster – Hamburg – London seine Autobiographie erschienen. In englischer Sprache: *Socialism with deficits. An academic life in the German Democratic Republic.*

Die Entscheidung des Autors, sich über eine einschneidende Epoche deutscher Geschichte in einer Fremdsprache zu artikulieren, kann man nur mit seiner Vita erklären. Sein Vater, führendes Mitglied der KPD, wurde unmittelbar nach dem Reichstagsbrand verhaftet, in ein KZ verbracht; dort kam er zu Tode. Um die Familie vor weiteren Schicksalsschlägen zu schützen, emigrierte die Mutter mit den beiden Kindern noch im gleichen Jahr nach Großbritannien.

Helmut war 13 und erfuhr seine weitere Schulbildung dort. Die sollte für sein ganzes Leben prägend sein. In einem politischen Milieu die ersten zehn Jahre erlebt, bei einer der Politik verpflichteten Pflegefamilie in London herangewachsen, gehörte der Autor in den späten dreißiger Jahren zu den Mitbegründern der Freien Deutschen Jugend in Großbritannien. 1947 kehrte er mit Mutter und Schwester nach Deutschland – in die sowjetisch besetzte Zone – zurück. Er studierte einige Jahre in Leipzig und Berlin Geschichte, Philosophie und Wirtschaft. Anschließend arbeitete er einige Jahre als wissenschaftlicher Redakteur beim »Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst« (ADN) – eine Tätigkeit, die ihn langweilte.

Es zog ihn zurück in den Bannkreis der Wissenschaft. An der Humboldt-Universität zu Berlin bekam er eine Stelle als wissenschaftlicher Assistent und spezialisierte sich auf die Erforschung der deutsch-afrikanischen Beziehungen zwischen dem 19. und dem

ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. Der Promotion 1956 folgte 1964 nach der Habilitation die Ernennung zum Professor. Von 1974 bis 1983 leitete er das Institut für Afrikanistik an der Humboldt-Universität. Drei Jahre später wurde er emeritiert. Nach dem Ende der DDR begann er, sein Leben zu bilanzieren.

Er reflektiert das stürmische Jahrzehnt zwischen 1952 und 1962. 1952 überrollte Walter Ulbricht die 2. Parteikonferenz der SED mit der Beschlußvorlage, den Sozialismus in der DDR aufzubauen. Ein Jahr später dann der 17. Juni, dessen Ursachen der Autor zu ergründen sucht, sich aber – wie mir scheint – vor einer Tiefenanalyse fürchtet. Dies gilt gleichermaßen für seine Bewertung der Erschütterungen in Ungarn 1956, für die kurz danach inszenierten Prozesse gegen Wolfgang Harich, Walter Janka und einige weitere Angeklagte und schließlich die Errichtung der Mauer im Jahre 1961.

Jedes dieser miteinander verwobenen Ereignisse bedeutete einen tiefen Einschnitt in die Tagespolitik wie auch in die internationale Orientierung der DDR. Der Autor beschreibt die Defizite im Machtgefüge. Indes glaubte er bis 1989 nach jedem neuen Rückschlag, es könnte sich letztlich doch noch alles zum Guten wenden. Einen Fluchtweg aus dieser für ihn bedrückenden Atmosphäre suchte und fand der Autor immer wieder in der Wissenschaft. Sie war für ihn wohl eine Art Elfenbeinturm, in dem er in Ruhe forschen und lehren konnte.

So blieb er ein kritisches Mitglied seiner Partei. Funktionen hat er nie übernommen, und zwei Versuche des MfS, Stoecker für eine nebenberufliche Tätigkeit außerhalb der Grenzen seines Landes zu gewinnen, lehnte er brüsk als unvereinbar mit seiner akademischen Tätigkeit ab.

Den ständigen Zwiespalt im Leben des Helmut Stoecker hat eine mit ihm befreundete ehemalige sowjetische Wissenschaftlerin schon sehr früh erkannt. Irina Filatova, die seit einigen Jahren an der Universität Durban in Südafrika lehrt, benennt ihn im Vorwort zu seiner Autobiographie: »Helmut war politisch einsam. Vielleicht hat er dies selbst gar nicht realisiert. Für die, die ihn kannten, war er ein ergebener Unterstützer des Regimes. Für andere, die ihn besser kannten, war er ein

Nonkonformist. Beides stimmt. Und das war wohl Helmut's größtes Problem.«

Es ist müßig zu fragen, ob der Autor andere Akzente gesetzt hätte, wenn ihm mehr Zeit geblieben wäre. Schon kurz nach Beginn der Niederschrift wurde er krank, 1994 verstarb er. Mit den zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen, vor allem dem von ihm herausgegebenen »Handbuch der Verträge« für die Zeit zwischen 1871 und 1964, hat sich Helmut Stoecker einen Platz in der Geschichtswissenschaft gesichert.

ALFRED FLEISCHHACKER

Inge Grau, Christian Mährdel
Walter Schicho (Hg.):
Afrika. Geschichte
und Gesellschaft
im 19. und 20. Jahrhundert,
Promedia Wien 2000,
309 S. (350,00 öS)

Obwohl Afrika als kontinentaler Nachbar schon seit langem Gegenstand bevorzugter europäischer Aufmerksamkeit ist, wird es offenbar noch immer – und bemerkenswerterweise auch von der Autorin und den neun Autoren des zur Rede stehenden Bandes – als Inbegriff des »fremden Anderen« empfunden. Darauf gründet sich auch die Idee der Herausgeber. Sie wollen durch die Beschäftigung mit »jenen historischen Prozessen, die Europa seit dem 19. Jahrhundert ganz eng mit Afrika verbanden« (S. 7), das Wissen über den »Kontinent der kurzen Schatten« vergrößern und damit Ängste und dumpfe Aggressionen abbauen helfen. Präsentiert werden zu diesem Zweck Texte aus einer Ringvorlesung zur »Außereuropäischen Geschichte«, die im Sommersemester 2000 an der Universität Wien abgehalten wurde.

Dieser »spezifischen Abstammung« ist wohl auch der für eine Abhandlung zur Regionalgeschichte durchaus ungewöhnliche Aufbau des Buches geschuldet. Die Beiträge folgen weder einem strengen chronologischen noch dem klassischen systematischen Schema, das sich an den Unterschieden zwischen portugiesischen, französischen und englischem Kolonialregimes orientiert. Vielmehr wird Afrika

»als *ein* historischer Raum« gesehen. Im Zentrum steht folglich das »Gemeinsame einer afrikanischen Geschichte« seit dem 19. Jahrhundert, was sich auch in der Themenauswahl spiegelt. Afrikas Stellung in der Weltwirtschaft, die islamische Revolution, der Wandel der Geschlechterverhältnisse im Zuge der Kolonialexpansion, antikoloniale Befreiungsstrategien und Gesellschaftsentwürfe sowie nicht zuletzt »Das Scheitern von Demokratie und Staat« und andere Themen werden kenntnisreich und vor allem stets mit Blick auf heutige Problemlagen behandelt. Als regionale Bezugspunkte finden dagegen lediglich Nordafrika, das südliche Afrika und Nigeria ausdrückliche Erwähnung. Alles in allem handelt es sich um einen sehr interessanten historischen Abriß, der durch den bewußten Verzicht auf Vollständigkeit eher noch gewinnt und dem ein breiter Leserkreis zu wünschen ist.

Am Ende beschleicht den aufmerksamen Leser allerdings noch eine ganz andere Frage, nämlich die, welche Rolle der als Mitherausgeber und auch in der Autorenliste aufgeführte Christian Mährdel (vor 1990 Professor an der Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften in Leipzig) beim Zustandekommen des Buches wohl gespielt haben mag? – ein Beitrag, bei dem er als (Mit)Autor ausgewiesen wäre, findet sich jedenfalls nicht!

HEINZ LAMBARTH

Anna Luffi-Pentini,
Peter Gstettner, Walter Lorenz,
Vladimir Wakounig (Hrsg.):
Antirassistische Pädagogik
in Europa. Theorie und Praxis.
Slowenische Jahrbücher, 5,
Drava-Verlag Klagenfurt/Celovec
1999, 295 S. (34 DM)

Der Drava-Verlag nimmt seine geopolitische Situation ernst und zum Anlaß, die interkulturelle Problematik durch Editionen von Lyrik, Belletristik und Sachbüchern zur Sprache zu bringen. Die zweisprachige Angabe des Verlagsortes ist also nicht der Anfang österreichischer Pingeligkeit, sondern zeigt die verlegerische Verpflichtung an. Wenn ich nicht irre,

ist die Zweisprachigkeit in dieser Region durchaus eine juristische Möglichkeit, die bei-
leibe nicht von allen wahrgenommen wird.
»Die Entwicklung in Österreich lehrt uns, daß
Minderheiten durch Sonderregelungen und
-gesetze nicht geschützt werden, sondern
dadurch vielmehr erst in den Focus der An-
griffe nationalistischer Organisationen aus der
Mehrheitsbevölkerung kommen«, heißt es im
Vorwort.

Der Band erörtert im theoretischen Teil das
Spektrum zwischen »Rassismus« und »ethni-
scher Diskriminierung«, und zwar aus respek-
tiven unterschiedlicher Kulturen, zum Beispiel
denen von Italien und Slowenien. Dabei wer-
den auch Konzepte erörtert, die Defizite des
klassischen Antirassismus überwinden, wie
etwa ein »Anti-Rassismus ohne Schelte« mit
seinem »Verzicht auf wertgesteuerte und mo-
ralisierende Interventionsmethoden, die bei
Jugendlichen oftmals reaktive und oppo-
sitionelle Haltungen auslösen« (G. Steiner-
Khamsi, C.A. Spreen: Für einen Anti-Rassis-
mus ohne Schelte: Das Projekt ›Vermittlung
und Konfliktlösung durch Gleichaltrige‹,
S. 71-92, hier 90).

Konkrete Fallbeispiele erörtern die Praxis in
Deutschland, Großbritannien und den Nieder-
landen.

Das Buch stellt für den politisch Interes-
sierten eine Fundgrube dar. Als Beispiel am
Schluß dieser eindeutigen Empfehlung die Be-
schreibung der Opposition in Jugoslawien:

»Nicht selten haftet den jetzigen herrschen-
den Eliten bei ihrem Einzug in Regierungs-
und Präsidentenpaläste noch der Geruch
langjähriger gesellschaftlicher Randstellung
an, manchmal sogar nach Gefängnis. Natür-
lich manifestieren sich die Folgen jahrelanger
Frustrationen, Nöte und Verdrüsse auch im
Lebensstil und im öffentlichen politischen
Wirken so mancher neuer Machthaber.

Infolgedessen sind die neuen Eliten im
Großteil Osteuropas einerseits geprägt von
unermeßlichem Luxus und Repräsentations-
gehab, andererseits aber auch von einer
gewissen Dosis an Autoritätsansprüchen, die
meist nicht nur den Autoritätsansprüchen
früherer Machthaber gleichkommen oder sie
sogar überragen, sondern vielfach auch den
formalen Rahmen des demokratischen und
pluralistischen neuen politischen Systems in

Frage stellen. Eine solche Genesis ist die
Folge von Tatsachen, daß in die neue herr-
schende Elite vor allem Menschen aus dem
Kreis der klassischen Dissidenten delegiert
wurden, nicht aber kritische Intellektuelle, die
vor Jahren durch brillante Analysen, Kunst-
werke usw. das Einparteienregime seziert und
die Öffentlichkeit zum Widerstand gegen die
Eindeutigkeit animiert haben.

Der Unterschied zwischen den klassischen
Dissidenten und den kritischen Intellektuellen
ist mehr als nur typisch. Während die klassi-
schen Dissidenten ihren Widerstand auf der
›Überzeugung‹ aufbauten, taten es die kriti-
schen Intellektuellen auf der ›Skepsis‹. Dem-
zufolge problematisierten die ›überzeugten
Dissidenten‹ nicht so sehr den autoritären
Charakter selbst, sondern eher die Farbe der
Einparteienmacht.

Mit anderen Worten, die liberalen Werte der
demokratischen Gesellschaften dienten den
klassischen Dissidenten als Mittel, den kriti-
schen Intellektuellen als Ziel« (V. Miheljak:
Die slowenische Jugend in den 90ern: Ur-
sprünge und Potentiale der In/Toleranz, S.
107-147; hier 190f.).

JENS LANGER

Rainer Thiel:
Die Allmählichkeit der Revolution.
Blick in sieben Wissenschaften,
Bd. 6 der Reihe »Selbstorganisation
sozialer Prozesse«,
hrsg. von Herbert Hörz,
Lit Verlag Münster – Hamburg –
London 2000, 336 S. (36,80 DM)

Schon in *Marx und Moritz. Unbekannter
Marx ...*¹ hat Rainer Thiel einige Hauptinhalte
der Marxschen Theorie dargestellt, die früher
oft etwas verhunzt worden sind. So machte er
zum Beispiel klar, daß es bei Marx zwei Zen-
tren der Kapitalismuskritik gibt: die Ausbeu-
tung *und* die Entfremdung. An ein Aufheben
der Entfremdung aber – zum Beispiel mittels
tatsächlicher Vergesellschaftung der Produk-
tionsmittel – wollten Politbürokraten des rea-
len Sozialismus um ihrer Allmacht willen
nicht »ran«. Und für Marx' Auffassungen

zum ›Reichtum‹ reicht ein Verbraucherverstand nicht aus.

Mit seiner neuen Schrift stößt Thiel zum philosophischen Kern der PDS-Programmdedebatte vor. Es geht um Dialektik der Revolution, um ihr Verhältnis zur Evolution, um Quantität und Qualität und darum, wie es bei aller Allmählichkeit zu Plötzlichem kommen kann. Er bestreitet die landläufigen Vorstellungen von diesen Gegensätzen. Quantitatives und Qualitatives hängen stets zusammen: Quantitative Veränderungen gehen permanent mit qualitativen einher. Thiel demonstriert, wie das von Marx und Engels sichtbar gemacht worden ist, ohne daß es uns – behindert vom »ML«-Vorurteil eines mechanischen Nacheinanders von Quantität und Qualität – so recht bewußt wurde.

Beeindruckend ist Thiels theoretischer Horizont: Er führt seine Leser zunächst unterhaltsam in die Problemstellung ein, indem er Escher-Bilder betrachtet und Witze sowie Sprichwörter auf empirisch reflektierte Dialektik durchsieht. Dann aber erläutert er, wie zum Beispiel die biologische Evolutionstheorie, die Physik, die Mathematik der Nicht-linearität und die sogenannte Chaostheorie sowie die Methodik des innovativen Ingenieurdenkens (zu der er selbst Wesentliches beigetragen hat) ein Begreifen von Evolution als ständiges, mitunter pulsierendes Qualität-Umschlagen ermöglichen. Rainer Thiel erinnert daran, daß auch die Aggregatsübergänge realer Wassermengen allmählich erfolgen, und er greift auch weit in die klassische Philosophie zurück. So kommt er sogar auf die längst vergessene – auch von Hegel und Marx nicht explizite verwendete – Kategorie »Quale« zurück, um die Dialektik des Wandels tiefer erfassen zu können.

Stalin wird als Hauptverursacher einiger heute noch akuter Denkblockaden dingfest gemacht (Kapitel 6). In der Schrift *Über dialektischen und historischen Materialismus* hatte jener festgelegt, daß Wandlungen »nicht allmählich, sondern rasch, plötzlich, in Gestalt eines sprunghaften Übergangs ... eintreten ...«. Also könne »der Übergang ... zum Sozialismus ... nicht auf dem Wege langsamer Veränderungen, nicht auf dem Wege von Reformen ...« erfolgen. Später relativierte Stalin dies zwar, aber für jede in »feindliche Klassen

gespaltene Gesellschaft« sei das Gesetz »explosiver Wandlungen« immer »unbedingt gültig«.

Allerdings waren auch Marx und Engels für Fragen nach der Allmählichkeit der Revolution nicht von Anfang an hinreichend sensiblen. Doch stand für sie fest, daß dem Umschlagen von Quantität in Qualität keine Plötzlichkeit innewohnt. Und in ihren politischen Analysen wiesen sie immer wieder auf erste Chancen für einen friedlichen Übergang zum Sozialismus hin, der die Einheit von quantitativer und qualitativer Veränderung (Reformen) und die Allmählichkeit impliziert (vgl. zum Beispiel MEW, Bd. 22: 234; Bd. 23: 40; 34, 498f).

Schon im Manifest hatten sie klargestellt, daß das Proletariat der Bourgeoisie sehr wohl wesentliche Gesetze abtrotzen kann, die die herrschende Ökonomik einschränken (vgl. auch MEW, Bd. 16: 10-13 und MEW, Bd. 23: 245ff). Oder: Marx wies 1881 darauf hin, daß schon fünfzig Arbeitervertreter im englischen Parlament ausreichen könnten, um die herrschende Politik zumindest partiell qualitativ abzuändern (vgl. MEW, Bd. 19: 278). Engels faßte das alles 1895 in seiner *Einleitung zu Karl Marx' ›Klassenkämpfe in Frankreich‹* zusammen und vollendete damit »die Scheidung des Wortes ›Revolution‹ von ›plötzlichem Umsturz‹« (S. 303).

Wie auch immer: Es wird klar, daß wir einen auf dem Stand des Wissens und der Erfahrung begründeten Horizont benötigen, wenn wir Sozialismus für das dritte Jahrtausend konzipieren wollen. Und wir benötigen Marx, der als der Große, der er wirklich war, begriffen und nie wieder als ein zu vordefinierter Gläubigkeit verpflichtender Halb-gott mißverstanden werden soll. Und nicht »Stellen«, sondern Werke sollten wir lesen. Marx und Engels haben sie uns auch zum dialektischen Denktraining hinterlassen. Und Rainer Thiel regt uns zu neuen Denküben an.

WALTER RÖSLER

1 Vgl. Rainer Thiel: MARX und MORITZ. Unbekannter Marx. Quer zum Ismus. 1945 – 2015, trafo verlag dr. wolfgang weist 1998.